

EDITORIAL

Plan B?

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit haben bereits 718.000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet. Viele Unternehmen stehen vor dem Abgrund oder werden nach der Krise nicht mehr existieren. Trotz der gut organisierten Abfederung könnte die hohe Arbeitslosenquote, die derzeit die USA trifft, etwas später auch uns erreichen. Je länger die Kontaktsperrungen anhalten, desto drastischer werden die Folgen sein. Ein Ende der Pandemie ist nicht in Sicht. Wie lange wird uns das Virus lahmlegen und was, wenn es erst einmal nicht verschwindet? Wollen wir dann dauerhaft auf Restaurant- und Barbesuche verzichten? Ganze Branchen abschaffen? Die gesundheitlichen Folgen, die durch wirtschaftliche Notlagen entstehen, werden sich vermutlich erst in der zweiten Hälfte des Jahres zeigen – wenn die Insolvenzanmeldungen verzögert eingehen.

Wir brauchen einen Plan B. Wie gestalten wir unsere Gesellschaft, wenn wir – wie einige Experten sagen – dauerhaft mit dem Virus rechnen müssen? Wie fangen wir diejenigen auf, die vom Gesetzgeber (aus guten Gründen) abrupt daran gehindert wurden, Umsätze zu erwirtschaften, während Löhne, Umsatzsteuer der Vormonate, Kranken- und Sozialversicherungen der Mitarbeitenden, Mieten etc. weitergezahlt werden müssen? Kredite treiben viele Unternehmen nur weiter in die Schulden. Wir brauchen einen schrittweisen Ausstieg aus dem Ausnahmezustand mit Maßnahmen, die auf ein dauerhaftes Leben mit dem Virus ausgerichtet sind.

Auch in dieser Ausgabe der *Digital Insight* beschäftigt uns die Corona-Pandemie im Kontext digitalpolitischer und wirtschaftlicher Fragen: In der Rubrik *InBrief* berichten wir über Homeoffice in der Krise, Quantencomputing und Tracking-Apps. Sebastian Jensch und Janina Pröttsch beschreiben, wie im Land Berlin eine Blaupause für Government to Citizen realisiert wurde: Sowohl der Antrag auf Feststellung der Miethöhe als auch der Antrag auf Entschädigungsleistungen nach dem Infektionsschutzgesetz wurde mithilfe der msg in Windeseile digitalisiert. Dr. Jens Zimmermann macht in *Political Voice* deutlich, dass digitale Souveränität die Voraussetzung für erfolgreiches Krisenmanagement ist. Um diese zu erreichen, müssten gemeinsame europäische Ziele definiert werden, um sich stärker am globalen Markt positionieren zu können. In der Corona-Krise stellt sich für den digitalpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion dieselbe Frage wie beim 5G-Ausbau: Welche Freiheiten und Grundrechte sind zentral für unsere Gesellschaft? In der Rubrik *Comment* beschäftigt sich Hans Zehetmaier mit erfolgreicher Unternehmensführung. 40 Jahre führte er als Vorstandsvorsitzender die msg. Als Mitgründer und nun Aufsichtsratsvorsitzender beschreibt er, was erfolgreiche Unternehmensführung ausmacht und welche Rolle dabei der Umgang mit Mitarbeitenden spielt.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Freundliche Grüße und gutes Durchhalten

Regina Welsch

Redaktionsleitung *Digital Insight*

Lead Public Affairs Manager, msg

COMMENT

Von Hans Zehetmaier

40 Jahre msg: Wie gelingt erfolgreiche Unternehmensführung?

Gemeinsam mit zwei Kollegen gründete ich 1980 die msg – ein heute erfolgreiches, eigenfinanziertes und unabhängiges Unternehmen mit weltweit über 8.000 Mitarbeitenden.

Ein Unternehmen mit über 1 Milliarde Euro Umsatz und mit über 8.000 Mitarbeitenden 40 Jahre lang zu führen, ist keine leichte Aufgabe. Mit steigenden Umsatz- und Angestelltenzahlen sowie sich ändernden Rahmenbedingungen haben sich auch regelmäßig die Ansprüche an die Führung geändert. Diesen Veränderungen proaktiv zu begegnen, nachhaltig zu handeln und die Zeichen der Zeit mitzuprägen, war stets mein Anspruch. Als wir das Unternehmen in den 80er Jahren gründeten, gab es kaum Hürden. In den 90er Jahren waren wir bereits 60 Mitarbeitende; der Jahresumsatz war auf sechs Millionen DM gestiegen. Wir wollten geschäftskritische Projekte mit unseren Kunden angehen und haben entschieden, uns stark weiterzuentwickeln – nicht nur was die Qualität unseres Leistungsangebots betrifft, sondern auch in Bezug auf die Unternehmensgröße. Zu anderen Zeiten mussten wir das Wachstum bremsen, da sich das Unternehmen nicht so schnell hätte anpassen können.

In 40 Jahren habe ich Unternehmensführung auch als Spannungsfeld erlebt: ein Spannungsfeld zwischen Stabilität und Dynamik, zwischen Kooperation und Wettbewerb, zwischen Risikofreude und Berechenbarkeit, zwischen Freiheit und Abhängigkeit. Die jeweiligen Pole lassen sich nicht gegeneinander aufwiegen. Der eine ist so wichtig wie der andere: Wir wollten inhabergeführt bleiben, eigen- und selbstfinanziert wachsen und nicht abhängig von Aktionären sein. Dies ermöglichte uns wirtschaftliche Unabhängigkeit und damit Freiheit in der Gestaltung des Unternehmens. An anderer Stelle entschieden wir uns bewusst für Abhängigkeiten in Form von engen Kooperationen. Die Märkte öffnen sich heute immer mehr und werden durchlässiger; neue, innovative Geschäftsmodelle entstehen oft in übergreifender Kooperation.

Kreativität und Zielstrebigkeit sind wichtig, um voranzukommen. Die Digitalisierung verändert den Markt grundlegend: Neue Firmen drängen in den Markt, Kunden werden zu Wettbewerbern, etablierte Unternehmen entwickeln ihr Portfolio weiter. Die Konkurrenz ist größer, der Markt härter geworden. Auch auf Krisensituationen muss man vorbereitet



Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre gründete Hans Zehetmaier 1980 zusammen mit Hans Enzbrenner und Pius Pflügler die msg. Zu Beginn des Jahres zog sich Hans Zehetmaier als Vorstandsvorsitzender zurück. Fortan ist er Aufsichtsratsvorsitzender. Vorstandsmitglied Dr. Stephan Frohnhoff übernahm das Amt des Vorstandsvorsitzenden.

sein. Schaffen wir es als Unternehmen, der Verantwortung gegenüber unseren Mitarbeitenden gerecht zu werden? Schaffen wir es, der Corona-Krise kreative und innovative Lösungen entgegenzusetzen? Ich bin davon überzeugt, dass wir es schaffen! Ein solches „Geht nicht gibt's nicht“ kann nur in einer menschen- und innovationsfreundlichen Unternehmenskultur gelebt werden. Daher ist der Umgang mit Mitarbeitenden wesentlich für eine nachhaltig erfolgreiche Unternehmensführung. Offenheit, Ehrlichkeit, Respekt und Fairness sind aus meiner Sicht Voraussetzung für ein gutes Miteinander. Die offene Diskussion über Hierarchien hinweg bedingt das Bewusstsein, dass wir Menschen alle gleich sind: Diese grundlegende Haltung ist wesentlich für gute Führung. Ich denke, dass ein wertschätzender, respektvoller Umgang mit einer offenen Diskussionskultur auch in den Teams der msg gelebt wird. Der gute Zusammenhalt und die Expertise der vielen Mitstreiter und Mitstreiterinnen haben die msg zu dem gemacht, was sie heute ist.

Als Vorstandsvorsitzender in einem größer werdenden Vorstandsteam wollte ich tragende Entscheidungen immer als das Ergebnis einer offenen Diskussion mit allen Vorstandsmitgliedern treffen. Mir war wichtig, im Konsens zu entscheiden. Das Ringen um Argumente erfordert viel Zeit und Energie – es lohnt sich aber.

Ich freue mich, in diesem Jahr das operative Geschäft in die fähigen Hände des sechsköpfigen Vorstandsteams übergeben zu haben, dem Nachhaltigkeit und langfristiger Erfolg genauso wichtig sind wie mir. Als Aufsichtsratsvorsitzender bin ich in engem Austausch mit dem Vorstandsteam und freue mich, die weitere Entwicklung des Unternehmens zu begleiten.

INBRIEF

Home-Office – Bloß Hilfslösung oder Zukunft des Arbeitens?

Da das Arbeiten von zu Hause oft die einzige Möglichkeit ist, den Firmenbetrieb während der Corona-Krise am Laufenden zu halten, arbeiten derzeit Millionen Menschen im Homeoffice. Ende des vergangenen Jahres sah die Situation noch ganz anders aus: In einer im Dezember 2019 von Bitkom veröffentlichten Studie gaben 62 Prozent der Festangestellten mit Homeoffice-Erlaubnis an, die Arbeit im Büro der Arbeit zu Hause vorzuziehen. Als Gründe für die Zögerlichkeit wurden u.a. fehlende soziale Kontakte und geringere Karrierechancen durch Homeoffice genannt. Die aktuelle Sondersituation wischt viele dieser Bedenken vorerst vom Tisch, allerdings nur in Branchen, in denen die Arbeit von zu Hause aus möglich ist und in Betrieben, die frühzeitig Infrastrukturen für Homeoffice-Lösungen aufgebaut haben. Auch langfristig könnten sich Erkenntnisse aus der Sondersituation auf unsere Arbeitsweise auswirken, so Josephine Hofmann vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation in einem Artikel der Deutschen Welle vom 20.03.2020. Nun gelte es, aus der Krise zu lernen und positive Effekte digitaler Technologien auch in Zukunft im Arbeitsbereich zu nutzen. Ein Mitarbeiter des Zukunftsinstituts gehe davon aus, dass unsere Arbeitsumgebungen in Zukunft den jeweiligen Aufgaben entsprechend angepasst werden, so der Artikel weiter. Dass Home-Office nicht für Alle die Zukunftslösung sein kann, merken derzeit jedoch viele Beschäftigte: Menschen mit Kindern werden bei der Heimarbeit oft vom Nachwuchs abgelenkt und können sich nur schwer auf die Arbeit konzentrieren, denn nicht jedem steht ein separates Arbeitszimmer im Haushalt zur Verfügung. Damit die Heimarbeit langfristig sozial verträglich und im Sinne Produktivität gestaltet werden kann, sollten gewisse Regeln beachtet werden. Das Institut der Deutschen Wirtschaft empfiehlt klare Absprachen zwischen Führungskräften und Mitarbeitenden, um Transparenz und Verbindlichkeit zu garantieren. Zudem könnten Regelungen zu höheren Nebenkosten in der eigenen Wohnung durch Homeoffice hilfreich sein, wie mdr jump am 31.03.2020 berichtete. Dass Arbeitnehmer-schutz auch im Home-Office gewahrt werden müsse, betont die Gewerkschaft ver.di. Laut eines Artikels der Tagesschau vom 02.01.2020 halte es ver.di für essentiell, dass Ruhezeiten für Arbeitnehmer auch im Home-Office eingehalten werden. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hatte zuletzt den Vorschlag von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil abgelehnt, ein Recht auf Homeoffice durchzusetzen. Erforderlich sei ihm zufolge mehr Flexibilität, starre gesetzliche Regelungen seien nicht notwendig, so ein Artikel der Tagesschau vom 09.03.2020.

Quantencomputing in der Corona-Krise

Quantencomputer gelten als nächster großer Schritt in der IT und sollen nun auch im Kampf gegen das Coronavirus genutzt werden. Ein Projekt des kanadischen Quantencomputerherstellers D-Wave Systems, an dem mit dem Forschungszentrum Jülich und VW auch zwei deutsche Akteure beteiligt sind, stellt seit Anfang April seine Kapazitäten der Allgemeinheit zur Verfügung. Anwenderinnen und Anwender erhalten über den Cloud-Service Leap freien Zugang zu den Quantensystemen und werden von Expertinnen und Experten bei der Nutzung unterstützt. „Hybride quantenklassische Computersimulationen scheinen ein vielversprechender Ansatz zu sein, um die Lösung komplexer Probleme in der Pharmakologie und Epidemiologie, wie sie etwa in der gegenwärtigen COVID-19-Krise auftreten, zu beschleunigen“, erläutert Professorin Dr. Kristel Michielsen vom Jülich Supercomputing Centre. Wie Tagesspiegel Background am 1. April berichtete, finden sich Anwendungsmöglichkeiten in der Medikamentenentwicklung, in der Optimierung der Verteilung kritischer Patienten an Krankenhäuser, der Verteilung medizinischer Ausrüstung oder in der Voraussage von Viren-Hotspots. Weltweit laufen derzeit mehrere quantenbasierte Projekte zur Pandemiebekämpfung. Beispiele sind das Covid-19 High Performance Computing Consortium unter der Schirmherrschaft der US-Regierung oder die Forschungsinitiative Folding@Home, die unter anderem mit Hochleistungs-Servern des Potsdamer Hasso-Plattner-Instituts arbeitet.

Tracking-Apps – die Krux der Ausgestaltung

Tracking-Apps könnten zum entscheidenden Werkzeug bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie werden. Nachdem Corona-Apps in vielen anderen Ländern bereits eingeführt wurden, hat sich nun auch die Bundesregierung für eine App entschieden. Sie soll Nutzerdaten dezentral speichern und somit Vertrauen schaffen. Zuvor hatte es Streit um die Speicherung der Daten gegeben: Die Bundesregierung hatte Ende letzter Woche verkündet, sich für eine App entscheiden zu haben, die auf der Technologie des Projekts Pan European Privacy-Protecting Proximity Tracing (Pepp-PT). Die Pepp-PT-Technologie wurde von einem europäischen Team aus Forscherinnen und Forschern sowie Köpfen aus der Wirtschaft erarbeitet und sollte durch die Nachverfolgung von Infektionsketten und die Warnung potentiell erkrankter Menschen eine datenschutzkonforme Grundlage für Tracking-Apps gegen die Ausbreitung von COVID-19 bieten. Laut eines Artikels der Süddeutschen Zeitung am 20.04.2020 hätte dies dank zufällig generierter Identifikationsnummern

vollkommen anonym geschehen können. Zum Konfliktpunkt der Technologie war jedoch die geplante zentrale Datenspeicherung geworden. Demnach hätte ein Server als Schaltstelle fungiert, der die übertragenen IDs gesammelt und anschließend Push-Nachrichten verschickt hätte. Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 26.04.2020 berichtete, hatten sich der Chaos Computer Club und andere Organisationen gegen die zentrale Speicherung und für eine dezentrale, lokale Speicherung auf den einzelnen Mobilfunkgeräten ausgesprochen. Dadurch könne die persönliche Privatsphäre

einfacher sichergestellt werden und die Daten seien durch ihre Dezentralität weniger anfällig für Angriffe von außen, so Dr. Thorsten Holz, Professor an der Ruhr-Universität Bochum. Dass die Bundesregierung diesen Datenschutzbedenken nun nachkomme, begeistere Kritiker und Opposition, so die Tagesschau am 26.04.2020. Ob die beschlossenen Maßnahmen es schaffen, die notwendige Anzahl an Bürgerinnen und Bürgern zur Nutzung der App zu überzeugen, wird sich zeigen.

INPERSON

Digitale Synergien: Von Anfang an barrierefrei planen

Das zehnte Netzwerktreffen Digitale Synergien am 2. April beschäftigte sich mit dem Thema Digitale Barrierefreiheit. Circa 20 Teilnehmende diskutierten, wie digitale Technologien genutzt werden können, um Menschen mit Behinderungen besser zu integrieren. Unter ihnen waren Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, der Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin sowie Mitarbeitende des Büros für Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestages, des Bundesverbands der Deutschen Industrie e. V. und des Lebenshilfe Landesverbands Hamburg e. V.

Judith Faltl, die selbst blind ist, leitete die Diskussion mit einem Impulsbeitrag ein. Die IT-Beraterin bei msg systems und Landesvorsitzende des Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbunds e. V. verdeutlichte zunächst, inwiefern nicht-barrierefreie digitale Anwendungen für blinde und sehbeeinträchtigte Menschen unzugänglich sind: Hürden ergäben sich aus fehlenden Kontrasten, unterbrochenen Schriftverläufen oder aus Informationen, die nur per Video und Grafik dargestellt werden. Digitale Barrierefreiheit müsse nicht nur für sehbeeinträchtigte Menschen geplant werden, sondern solle auf alle spezifischen Anforderungen eingehen, die sich durch Behinderungen ergeben. So seien Erklärungen in Textform anstelle von Audiodateien für hörgeschädigte Menschen sinnvoll; eine leicht verständliche

Sprache könne Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen unterstützen.

Barrierefreiheit von Beginn an einzuplanen, kann sich lohnen: Werden digitale Anwendungen schon in der Konzeptionsphase barrierefrei gestaltet, bleibe der finanzielle Aufwand gering, argumentierte Judith Faltl. Eine nachträgliche Anpassung sei dagegen mit hohem zeitlichen Aufwand und Kosten verbunden.

Auch mit Blick auf Menschen ohne Beeinträchtigungen ist barrierefreies Design sinnvoll. Barrierefreie Webseiten werden häufiger von Suchmaschinen gefunden, sie sind leichter zu bedienen und steigern so die Zufriedenheit der Nutzerinnen und Nutzer. Ein Diskussionsteilnehmer regte an, dass digitale Produkte immer mit Blick auf möglichst barrierefreie Nutzung entwickelt werden sollten, da eine leicht zu handhabende Bedienbarkeit für alle Menschen von Vorteil sei. Beispielsweise geht die Erfindung der Touchscreen-Technologie auf eine körperliche Beeinträchtigung zurück: Eine Sehnenscheidenentzündung brachte den Entwickler dazu, sich mit berührungsempfindlicher Technik auseinanderzusetzen.

Der Weg zur digitalen Barrierefreiheit ist ein Prozess. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass sie immer mitgedacht und neuen Gegebenheiten angepasst werden müsse. „Wir

sind derzeit auf einem guten Weg und sollten daran arbeiten, immer mehr Menschen für das Thema zu sensibilisieren“, bilanzierte Judith Fallt am Ende der Diskussion.

Das nächste Netzwerktreffen findet am 12. Mai zum Thema „**Kommunen bei der Krisenbewältigung: Lessons learned?**“ statt. Fragen, Anregungen und Anmeldungen können Sie gerne an Alexandra.Evdokimova@msg.group richten.

INFOCUS

Basisdienst Digitaler Antrag: Blaupause mit Turbo

Politische Entscheidungen zeitgerecht in konkretes Verwaltungshandeln zu überführen, ist für viele Behörden eine zunehmende Herausforderung. Im Land Berlin mussten die Verwaltungen im Frühjahr 2020 gleich mehrmals mit einer schnellen Umsetzung reagieren: Im Februar wurde das Gesetz zum Mietendeckel verabschiedet; im März brach die Corona-Krise aus.

Aufgrund einer neuen oder geänderten Gesetzeslage musste die Berliner Verwaltung vielen potenziellen Antragstellenden moderne Antragsmöglichkeiten bieten und die eingehenden Anträge medienbruchfrei weiterverarbeiten können. Die Berliner Verwaltung fand mit dem Basisdienst Digitaler Antrag eine Lösung. Der Basisdienst kann als Blaupause für die Implementierung von Politik im Sinne G2C (Government to Citizen) dienen – beispielsweise bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes: Mithilfe des Basisdienstes wurden innerhalb weniger Arbeitstage digitale, medienbruch- und barrierefreie Möglichkeiten geschaffen, mit denen sich Anträge auch von zu Hause ohne Papierkram erledigen lassen. Den Basisdienst Digitaler Antrag entwickelte das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) im Auftrag der Senatsverwaltung für Inneres und Sport unter Mitwirkung, Planung und Umsetzung der msg; Basis ist das Produkt intelliForm der cit GmbH.

Der Basisdienst startete mit dem Antrag auf Feststellung der Miethöhe und Meldung der Auskunftspflichtverletzung des Mietendeckels am 2. März dieses Jahres. Kaum stand der erste Antrag zum Mietendeckel im Internet bereit, waren

zwei Anträge nach dem Infektionsschutzgesetz binnen weniger Tage umzusetzen, um Entschädigungsanträge während der Corona-Krise zu bearbeiten.

Ausschlaggebend für den Erfolg des Basisdienstes Digitaler Antrag sind drei Faktoren: erstens ein routiniertes Team bestehend aus Fachverwaltung, der projektverantwortlichen Geschäftsstelle und erfahrenen Antragsprozessmodellierenden (msg), zweitens eine effiziente IT-Infrastruktur und drittens die Umsetzung entlang einer standardisierten Methode (Fertigungsstraße) für digitale Anträge. Ein großer Hebel der Fertigungsstraße ist dabei die Nachnutzung bestehender Antragsbausteine.

Gerade wenn Verwaltungen in kürzester Zeit medienbruchfrei digital auf sich ändernde Politik und Gesetzgebung reagieren müssen, steigern standardisierte Werkzeuge und Methoden die Effizienz. Automatischer Nebeneffekt: Die Verwaltung verarbeitet die Anträge medienbruchfrei digital weiter. Die Ende März 2020 angestoßene Gesetzesänderung des Infektionsschutzes, die nun auch eine Entschädigung bei geschlossenen Kitas vorsieht, bietet die nächste Möglichkeit, das Vorgehen weiter zu optimieren und den Umsetzungszeitraum nochmals zu verkürzen. Damit ist das Land Berlin für die Herausforderungen dieses turbulenten Jahres gut gerüstet.

Von Sebastian Jensch, Bereichsleiter Public Sector, und Janina Pröttsch, Business Consultant Public Sector

POLITICAL VOICE

Von Dr. Jens Zimmermann (MdB, Digitalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion)

Mit digitaler Souveränität die Krise meistern



Foto: Marlene Bleicher, lenislenz.com

Im Kontext der aktuellen Corona-Pandemie rückt die Diskussion um den Ausbau der Zukunftstechnologie 5G in den Hintergrund. Doch beide haben mehr miteinander zu tun, als es auf den ersten Blick scheint. 5G ist ein wahres Buzzword. Es bezeichnet den Standard für mobiles Internet und Mobiltelefonie – im Grunde also die nächste Stufe unseres 4G-Netzes. Dabei ist 5G wesentlich leistungsstärker als seine Vorgänger. Es gilt als die Grundlage für die Wirtschaft der Zukunft, für die technische Verzahnung von Produktionsprozessen und Lieferketten und den digitalen Austausch zwischen Maschinen.

Mag sein, dass Corona derzeit im Vordergrund steht. Doch die Fragen, die wir im Kontext der Pandemie diskutieren, unterscheiden sich kaum von denen, die wir uns auch beim 5G-Ausbau stellen müssen. Welche Freiheiten und Grundrechte sind zentral für unsere Gesellschaft? Die chinesische Antwort ist hier eine andere als die europäische. Sie ist ein Spiegelbild chinesischer Interessen und Werte: die komplette Aufgabe der Privatsphäre, die Herrschaft des Staates über Technologien, neue Möglichkeiten für totalitäre Überwachung. Das lässt sich kaum mit unseren europäischen Werten, mit

freiheitlicher Demokratie und Menschenrechten vereinbaren. 5G wird in allen Wirtschaftsbereichen der Zukunft die zentrale Infrastruktur stellen. Diese sicher zu gestalten, muss eine unserer höchsten Prioritäten sein. Gleichzeitig lässt sich die vollkommene Sicherheit technologischer Systeme niemals komplett gewährleisten. Zu schnell ist der technologische Fortschritt, zu verflochten Kern- und peripheres Netz. Selbst bei höchsten Sicherheitsvorgaben ließe sich kaum vermeiden, dass es Hintertüren für Spionage und vor allem Sabotage gäbe. Wenn Sicherheit nicht garantiert werden kann, wird die Frage des Vertrauens in die Integrität des Herstellers und in das Rechtssystem des Herstellerlandes umso zentraler. Selbst wenn wir chinesischen Unternehmen vertrauen könnten, wer garantiert, dass sie in einem autoritären System nicht gezwungen werden, mit Geheimdiensten und dem Militär zu kooperieren?

Unterdessen wirkt sich die Debatte auch auf die transatlantischen Beziehungen aus: Wie verschiedene Medien berichteten, drohte ein Sprecher der US-Botschaft in Berlin im vergangenen Jahr, die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch der Geheimdienste sei gefährdet, wenn Deutschland „unzuverlässige“ Partner für den 5G-Ausbau nutze. Die USA selbst haben die Nutzung chinesischer IT-Hersteller bereits ausgeschlossen. Gleichzeitig warnte China Deutschland, es werde bei einem Ausschluss chinesischer Firmen nicht einfach stillsitzen. Immerhin, das Handelsvolumen zwischen Deutschland und China beträgt 200 Milliarden Euro. Zwischen dem lang geplanten EU-China Gipfel während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte, der Abhängigkeit unseres Export- und Importgeschäfts von der chinesischen Wirtschaft und der Positionierung zwischen wettstreitenden Global Playern scheint es, als blieben die eigentlichen europäischen Interessen manchmal auf der Strecke.

Großbritannien hat sich für eine Kompromisslösung entschieden: Kernelemente des Netzes dürfen nicht mit chinesischer Technik ausgebaut werden, wohl aber Teile des peripheren Netzes. Insgesamt darf der verbaute Anteil nicht über 35 Prozent liegen. Eine Entscheidung, die von den USA nicht sehr positiv aufgefasst wurde. Eine Lösung könnte sein, auf

europäische Anbieter zu setzen. Mit Nokia und Ericsson gibt es diese auch. Es wäre wohl die europäischste Lösung. Doch die ausbauenden Unternehmen selbst, wie Vodafone oder die Deutsche Telekom, setzen sich in Berlin und Brüssel für chinesische Hersteller ein. Die Technologie der Chinesen kostete nur einen Bruchteil dessen, was europäische Hersteller anbieten könnten. Es sei wirtschaftlicher und kostengünstiger. Doch dabei bleibt außen vor, dass chinesische Hersteller diese günstigen Preise nur aufgrund staatlicher Subventionen anbieten können. Ein Ausbau der digitalen europäischen Infrastruktur mit chinesischer Technik liegt schlicht im Interesse Chinas. Gerne erinnere ich an den Photovoltaikhype, bei dem kostengünstige chinesische Hersteller den Markt in Windeseile übernommen haben. Mit einem deutlichen Ergebnis: Wettbewerbsfähige europäische Hersteller gibt es im Photovoltaikbereich heute nicht mehr.

Wenn wir jetzt nicht auf europäische Hersteller setzen, wird sich die Diskussion um amerikanische, europäische und chinesische Technologiehersteller in zehn Jahren erübrigt haben. Denn dann gibt es die europäischen Hersteller nicht mehr – und damit auch keinen europäischen Einfluss auf technologische Standards. Wo wollen wir in zehn Jahren stehen? Diese Entscheidung müssen wir nun mit Bedacht treffen. Wir sollten nicht außer Acht lassen, dass Deutschland eine Vorreiterrolle in Europa einnimmt. Es wäre nicht das erste Mal, dass eine deutsche Entscheidung zu einer europäischen Entscheidung wird. Als einwohnerstärkstes Land in der Europäischen Union hat unsere Entscheidung eine Schlagkraft, die bestimmen kann, wie unsere europäische Infrastruktur gestaltet wird. Sorgen wir also dafür, dass die kritischste Infrastruktur unserer Zukunft auf vertrauenswürdiger Technologie beruht.

Der Erhalt und die Weiterentwicklung von technologischem Know How, Ingenieurskapazitäten und Produktionsanlagen innerhalb der EU ist entscheidend, um in Krisenzeiten nicht in ungewollte Abhängigkeiten zu geraten. Die aktuellen Entwicklungen der Corona-Krise unterstreichen die Notwendigkeit einer Diskussion über europäische Fähigkeiten nochmals. Der Erhalt und die Weiterentwicklung von technologischem Know How, Ingenieurskapazitäten und Produktionsanlagen innerhalb der EU ist entscheidend, um in Krisenzeiten nicht in ungewollte Abhängigkeiten zu geraten. Im Kontext von Corona zeigt sich dies aktuell zum Beispiel an der Abhängigkeit von Produktionskapazitäten für Antibiotika und andere Medikamente in Indien und China.

Europa ist aufgefordert, den Zusammenhalt nach innen durch mehr Resilienz nach außen zu stärken. Dazu muss auch über die Logik des Wettbewerbs auf dem europäischen Binnenmarkt diskutiert werden. Es war unter Binnenmarktgesichtspunkten nachvollziehbar, die Fusion von Alstom und Siemens im Bereich Hochgeschwindigkeitszüge (TGV und ICE) zu untersagen. Allerdings wurde durch diese Entscheidung die Chance vertan, einen starken europäischen Akteur – vergleichbar Airbus im Flugzeugbau – gegen den chinesischen Weltmarktführer zu positionieren. Protektionismus wird Europa nicht weiterhelfen, allerdings gilt es, die alte neoliberale Marktgläubigkeit kritisch zu hinterfragen und klare europäische Interessen zu definieren, die über dem Markt stehen. Ein Vorgehen, das selbstbewusste globale Akteure wie die USA und China schon lange gewählt haben.



TERMINANKÜNDIGUNGEN

29.04.2020, Online-Event, young+restless | Mediensalon: Medien in der Corona-Krise und danach

Event für Young Professionals zum Einfluss der Corona-Pandemie auf Journalismus und den Umgang mit Medien.

Veranstalter: young+restless, meko factory gemeinnützige GmbH

Ort: Online

Anmeldung unter: <https://www.eventbrite.de/e/youngrestless-mediensalon-medien-in-der-corona-krise-und-danach-tickets-101546325794>

06.05.2020, Webinar, Künstliche Intelligenz (KI) in der öffentlichen Verwaltung - Nutzungspotentiale und mögliche Anwendungsfälle mit leitenden und fachlichen Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung

Veranstalter: Behörden Spiegel

Ort: Online

Anmeldung unter: <https://www.msg.group/veranstaltung/ki-in-der-oeffentlichen-verwaltung>

12.05.2020, Videodiskussion, Digitale Synergien: Kommunen bei der Krisenbewältigung: Lessons learned?

Mit wissenschaftlichen Mitarbeitenden und Referentinnen/Referenten aus Politik, Verwaltung und NGOs. Impulsvortrag von Anna Kebschull, Landrätin im Landkreis Osnabrück.

Veranstalter: msg

Ort: Online

Anmeldung per E-Mail an Alexandra.Evdokimova@msg.group

28.05.2020, Webinar, Der Digitale Zwilling: Was ist das eigentlich?

Webinar zur Technologie des digitalen Zwillings. Die Veranstaltung gibt Einblicke in Potentiale und Umsetzungsmöglichkeiten der Technologie und stellt praktische Schritte auf dem Weg zu einem Digitalen Zwilling vor.

Veranstalter: Fraunhofer-Institut für Entwurfstechnik

Ort: Online

Anmeldung unter: <https://www.iem.fraunhofer.de/de/termine/se-live-webinar-4.html>

MITWIRKENDE AUTOREN:



Sebastian Jensch



Janina Pröttsch



Alexandra Evdokimova



Helena Schmitt

IMPRESSUM

Herausgeber

msg systems ag
Robert-Bürkle-Straße 1
85737 Ismaning/München
Deutschland

Verantwortlich:

Dr. Stephan Frohnhoff
Rolf Kranz
Bernhard Lang
Karsten Redenius
Dr. Dirk Taubner
Dr. Jürgen Zehetmaier

Redaktionsleitung:

Regina Welsch
Mobil: +49 1520 238 5842
E-Mail: public-affairs@msg.group
Friedrichstraße 120, 10117 Berlin